

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2159/2024**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 18.06.2024

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
 Verfasser/-in: Markus Schmidt und Klaus Peter Möller, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Bericht zu den Folgen der Legalisierung von Cannabis
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2024 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschließt, dass der Magistrat gebeten wird, über die organisatorischen Folgen für die Stadt vor dem Hintergrund der beschlossenen Legalisierung von Cannabis zu berichten und hierbei folgende Fragen zu beantworten.

1. Wie plant der Magistrat die gesetzlichen Vorschriften für Cannabis-Konsum in der Öffentlichkeit zu überwachen?
2. Wie plant die Stadt die Überwachung von einzuhaltenden Abständen zu Kitas, Schulen etc.?
3. Der Konsum von Cannabis ist in Fußgängerzonen ab 20 Uhr abends erlaubt. Wie plant die Stadt vor dem Hintergrund der Arbeitszeiten des Ordnungsamtes, zu überwachen, dass nicht vor 20 Uhr konsumiert wird und werden die Arbeitszeiten Ordnungsamt entsprechend ausgeweitet?
4. Der Konsum durch Minderjährige ist zu verhindern. Wie plant die Stadt daher den Konsum auf Veranstaltungen zu beschränken? (z.B. auf Stadtfest, Innenstadtfesten, Weihnachtsmarkt etc.)
5. Wie plant die Stadt die Kontrollen vor Schulen, Sportplätzen, Skaterpark etc. zu gewährleisten, damit dort kein Cannabis konsumiert wird?
6. Wird das Ordnungsamt personell aufgestockt, um den Mehrbedarf an Kontrollen abzudecken?
7. Inwieweit gab es bereits Abstimmungen bzw. wird es Abstimmungen mit dem Polizeipräsidium geben?

8. Plant die Stadt eine eigene Kampagne für Jugendliche aber auch für Erwachsene, um über die Gefahren des Cannabis-Konsums aufzuklären und werden in die Planungen Vereine, wie z.B. die Suchthilfe eingebunden?

Zudem wird der Magistrat gebeten, einen Stadtplan vorzulegen, auf dem ersichtlich ist, in welchen Bereichen auch künftig kein Cannabis konsumiert werden darf und somit den gesetzlichen Beschränkungen/Auflagen Rechnung getragen wird.“

Markus Schmidt

Klaus Peter Möller
Fraktionsvorsitzender